ARCHIV FÜR SOZIALGESCHICHTE

Friedrich Ebert Stiftung

Moritz Fischer

Die Republikaner.
Die Geschichte einer rechtsextremen Partei
1983–1994

Wallstein Verlag | Göttingen 2024
616 Seiten, gebunden | 40,00 €
ISBN 978-3-8353-5778-5

rezensiert von

Maik Tändler, Institut für Zeitgeschichte München-Berlin

Die Geschichte der extremen Rechten in der Bundesrepublik wurde von der historischen Forschung lange vernachlässigt, hat unter dem Eindruck der jüngeren politischen Entwicklungen aber zuletzt verstärkt Aufmerksamkeit auf sich gezogen.[1] Ein Ergebnis dieser Forschungskonjunktur ist die Dissertation von Moritz Fischer zur Geschichte der Partei »Die Republikaner«, deren Wahlerfolge Ende der 1980er-Jahre – die sich mit Blick auf die Ergebnisse der AfD in den letzten Jahren freilich fast bescheiden ausnehmen – die bundesdeutsche Öffentlichkeit in helle Aufregung versetzte. Fischers Arbeit ist die erste archivgestützte historische Untersuchung zu den Republikanern, zu denen bisher in erster Linie zeitnah verfasste politikwissenschaftliche Analysen vorlagen.

Wichtigste Quellenbasis ist der umfangreiche Nachlass von Franz Schönhuber, von 1985 bis 1994 Bundesvorsitzender und prägende Figur der Republikaner, im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München. Darüber hinaus hat Fischer eine große Zahl weiterer Archivbestände von Parteien, Ministerien und Behörden gesichtet und eine lange Liste von Zeitungen und Zeitschriften aus dem gesamten politischen Spektrum ausgewertet. Darin kommt der multiperspektivische Ansatz der Untersuchung zum Ausdruck, die nicht allein eine traditionelle, auf Programmatik, Strategie, Personal und Wählerschaft fokussierte Parteigeschichte bietet, sondern systematisch auch den politischen, medialen und zivilgesellschaftlichen Umgang mit den Republikanern in den demokratiegeschichtlichen Blick nimmt. Der Untersuchungszeitraum endet mit Schönhubers Sturz im Jahr 1994, der den Abstieg der Republikaner zur bedeutungslosen Kleinstpartei weiter beschleunigte. Wie Fischer überzeugend darlegt, haben sich trotz der relativ kurzen Erfolgsphase der Partei in der

[1] Vgl. *Knut Andresen/Thomas Großbölting/Kirsten Heinsohn*, Gesellschaftsgeschichte der extremen Rechten. Konturen eines Forschungsfeldes, in: AfS 63, 2023, S. 9-26.

Auseinandersetzung mit ihr die grundlegenden wissenschaftlichen, politischen und rechtlichen Parameter etabliert, die bis heute den Umgang mit rechtsextremen Parteien bestimmen.

Bevor sich die Arbeit den Republikanern zuwendet, befasst sie sich – auf 150 Seiten etwas ausufernd – mit deren Vorgeschichte in Form der politischen Biografien der Parteigründer Franz Handlos und Franz Schönhuber. Franz Handlos, seit 1972 Bundestagsabgeordneter der CSU, war ein treuer »Parteisoldat«, der sich im Verteidigungsausschuss als strammer Kalter Krieger gerierte. Dass die CSU 1976 den Kreuther Beschluss zur Auflösung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU nach kurzer Zeit wieder zurücknahm, beförderte Handlos' Entfremdung von seiner Partei. Auch das Ausbleiben der »geistig-moralischen Wende« nach dem Regierungswechsel 1982 enttäuschte Handlos wie etliche andere Konservative in der Union; das Fass zum Überlaufen brachte dann 1983 der von Franz Josef Strauß eingefädelte Milliardenkredit für die DDR. Franz Schönhuber hatte vor seinem Einstieg in die Politik eine ansehnliche Karriere als Journalist durchlaufen. Er war seit 1972 in Leitungsfunktion beim Bayerischen Rundfunk (BR) angestellt und bei einem größeren Publikum als Moderator der Fernsehsendung »Jetzt red i« bekannt. Anfang der 1980er-Jahre hatte er gute Chancen, zum Chefredakteur des BR aufzusteigen, doch stellte er sich 1981 mit seiner unter dem Titel »Ich war dabei« veröffentlichten Autobiografie, in der er verharmlosend auf seine Zeit bei der Waffen-SS zurückblickte, selbst ein Bein. Der Skandal führte zu seiner Entlassung beim BR, brachte ihn aber auch in Verbindung zu Vertretern der Neuen Rechten wie Armin Mohler und zu rechtsextremen Protagonisten wie dem ehemaligen NPD-Funktionär Harald Neubauer.

1983 fanden Schönhuber und Handlos dann zum Zweck der Parteigründung zueinander. Die ideologische Schnittmenge zwischen dem Konservativen Handlos und dem Neurechten Schönhuber bildeten, so Fischer, Nationalismus, Antiliberalismus und ein populistisches Politikverständnis, nach dem man selbst den wahren »Volkswillen« gegen die korrupten Eliten und »Altparteien« verkörperte. Fischer stellt klar, dass die Republikaner keine reine CSU-Abspaltung waren, sondern von Beginn auch sehr viel weiter rechts stehende Kreise umwarben, die nach dem Niedergang der NPD nach einer neuen parteipolitischen Heimat suchten. Der darin angelegte Richtungskonflikt führte 1985 zum Bruch zwischen Handlos und Schönhuber, der sich mit seiner radikaleren Position durchsetzen konnte. Die Republikaner wurden nun endgültig zur Schönhuber-Partei, die programmatisch auf nationale Identität im Sinne eines neovölkischen Ethnopluralismus und auf die »Souveränität« eines vereinigten Deutschlands in den Grenzen von 1937 setzte. Diskutieren ließe sich Fischers These, dass die Republikaner damit von einer populistischen zu einer rechtsextremen Partei geworden seien; dem Rezensenten jedenfalls leuchtet nicht ganz ein, warum sie nicht beides zugleich sein konnten.

Die Kapitel 3 bis 6 der Untersuchung rekonstruieren minutiös den Aufstieg und die wiederkehrenden Krisen der Republikaner. In der Analyse der Doppelstrategie aus relativ moderater Außendarstellung und ungezügelt radikaler Binnenkommunikation kann Fischer auch zeigen, dass das innerparteiliche Vorgehen gegen extremistische Mitglieder zumeist nur Ausdruck interner Machkämpfe war. Bei der bayerischen Landtagswahl von 1986 erzielten die Republikaner mit 3 Prozent ihren ersten Achtungserfolg. Eine Folge war, dass die Unionsparteien, insbesondere die CSU, in der Einwanderungs- und Asyldebatte rhetorisch aufzurüsten begannen. Die Ausländer- und Asylpolitik spielte von Beginn an eine wichtige Rolle im ethnonationalistischen Programm der Republikaner, stieg aber erst parallel zur stark steigenden Zahl von Asylsuchenden zum alles überragenden Wahlkampfthema auf. Bei der Wahl zum West-Berliner Abgeordnetenhaus im Januar 1989 konnten die Partei mit einem offen rassistischen Wahlkampf überraschend 7,5 Prozent der Wählerstimmen erringen. Zugute kamen ihr dabei auch gewalttätige Übergriffe der linken Szene auf ihre Wahlveranstaltungen. Im Juni desselben Jahres folgte die Wahl zum Europaparlament, bei der die Republikaner mit 7,1 Prozent das bis dahin beste bundesweite Ergebnis einer rechtsextremen Partei seit Bestehen der Bundesrepublik erzielten.

Es begann eine hektische Ursachensuche, die jedoch durch die heterogene Wählerschaft der Republikaner erschwert wurde. Bei der Berlin-Wahl konnte die Partei besonders bei jungen

männlichen Arbeitern punkten, was zur Etablierung der von Fischer als unterkomplex kritisierten Rede von den »Modernisierungsverlierern« beitrug. Dies und die Tatsache, dass die Mehrheit ihrer Wähler zwar von der CDU gewechselt war, viele davon in den 1970er-Jahren aber noch für die SPD gestimmt hatten, hätte den Sozialdemokraten durchaus zu denken geben können; offenbar betrachtete man die Republikaner zu diesem Zeitpunkt aber lieber als alleiniges Problem der Union. Bei der Europawahl wiederum konnten die Republikaner Wähler aus allen sozialen Schichten und Altersgruppen gewinnen. Umstritten blieb, ob die Stimmen für die Republikaner als Protest- oder als Überzeugungswahl zu bewerten waren, wobei Fischer zurecht darauf hinweist, dass auch eine Protestwahl in der Regel mit einer zumindest partiellen inhaltlichen Übereinstimmung einhergeht. Über die Kritik an politischen Einseitigkeiten hinaus bleibt die in der Einleitung der Untersuchung angekündigte Historisierung der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Diagnosen jedoch sehr vage – dafür hätte es dann doch eines elaborierteren theoretischen Rahmens bedurft.

Dass der Höhenflug der Republikaner schon nach einem Jahr wieder ausgebremst wurde, verdankte sich keiner Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern den Wechselfällen der Geschichte: Mauerfall und Einheit überstrahlten alle anderen Themen, und es waren nicht die Republikaner, die sich stets als einzige »Wiedervereinigungspartei« präsentiert hatten, sondern Bundeskanzler Kohl und die CDU/CSU, die die politische Rendite für sich verbuchen konnten. So scheiterten die Republikaner 1990 bei allen Landtagswahlen ebenso wie bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl an der Fünfprozenthürde. Auf der kommunalen Ebene, deren Erforschung Fischer als Desiderat kennzeichnet, konnte die Partei jedoch vor allem im Süden und Westen in den frühen 1990er-Jahren einigen Landgewinn verbuchen, und bei den baden-württembergischen Landtagswahlen 1992 feierte sie mit einem Ergebnis von fast 11 Prozent noch einmal einen größeren Erfolg – vor allem, weil das Asyl-Thema mit Wucht auf die politische Bühne zurückgekehrt war.

Vor dem Hintergrund der rassistischen Gewaltwelle jener Jahre gab der Wahlerfolg in Baden-Württemberg offenbar den Ausschlag dafür, die Republikaner nun doch flächendeckend unter Beobachtung durch das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz zu stellen. Noch 1989 hatte parteiübergreifend weitgehende Einigkeit bestanden, diese demokratiepolitisch heikle Verschiebung der Auseinandersetzung auf die exekutive und judikative Ebene zu vermeiden: Union und SPD befürchteten, den Republikanern einen Märtyrerstatus zu verleihen, die FDP machte bürgerrechtliche Einwände geltend, während die Grünen den Verfassungsschutz grundsätzlich ablehnten. Hinzu kam die Unsicherheit über die rechtliche Zulässigkeit einer Beobachtung. Letzteres sollte in den Folgejahren eine gewisse Bestätigung in widersprüchlichen Urteilen von Verwaltungsgerichten finden. Erst Ende der 1990er-Jahre, als die Partei längst politisch bedeutungslos geworden war, kam es zu einer Vereinheitlichung der Rechtsprechung – über deren Argumentation man gerne mehr erfahren hätte – zugunsten des Verfassungsschutzes. Dessen Beobachtungstätigkeit hatte aber schon zuvor abschreckende Wirkung entfaltet, insofern Parteimitglieder, die im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, nun mit beruflichen Konsequenzen rechnen mussten.

Wie auch immer man die moralischen Kosten des parteiübergreifenden »Asylkompromisses« von 1993 und seinen tatsächlichen Anteil an den wieder sinkenden Flüchtlingszahlen beurteilt – zumindest auf symbolischer Ebene habe er, so Fischer, das Kernthema der Republikaner abgeräumt und ihnen damit den »Todesstoß« (S. 451) versetzt. Die Bundestagswahl von 1994 besiegelte mit einem Ergebnis von 1,9 Prozent den Niedergang der Partei. Im Dezember 1994 erklärte der schon länger bedrängte Schönhuber seinen Rückzug; er sollte sich in den folgenden Jahren für die DVU und die NPD engagieren. Unter ihrem neuen Vorsitzenden Rolf Schlierer gelang den Republikanern 1996 ein letztes Mal der Wiedereinzug in den baden-württembergischen Landtag, bevor sie in der Versenkung verschwanden. Gleichwohl entfalteten sie, wie Fischer abschließend skizziert, nachhaltige Wirkung als »eine der bedeutendsten Kaderschmieden des Rechtsextremismus im wiedervereinigten Deutschland« (S. 524), deren personelle Verbindungslinien sich bis in das Unterstützerumfeld des NSU und

in die AfD nachzeichnen lassen, sowie als ideologischer Wegbereiter eines ethnopluralistischen Rassismus in der Migrationsdebatte.

Trotz der verarbeiteten Materialfülle bleibt Fischers Untersuchung jederzeit gut lesbar. Nur eine kleinere Stilkritik sei erlaubt: Die Angewohnheit, Thesen und Ergebnisse in Aufzählungen in Kursivschrift zu präsentieren (»*Erstens*..., *zweitens*..., *drittens*...« usw.), wirkt beim zwanzigsten Mal doch recht ermüdend. Aber das trübt den positiven Gesamteindruck nur wenig: Moritz Fischer hat eine akribisch recherchierte, perspektivreiche und differenziert argumentierende Studie zur Geschichte der extremen Rechten in der Bundesrepublik vorgelegt.

Zitierempfehlung

Maik Tändler, Rezension zu: Moritz Fischer, Die Republikaner. Die Geschichte einer rechtsextremen Partei 1983–1994, Wallstein Verlag, Göttingen 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <https://library.fes.de/pdf-files/afs/82064.pdf> [8.4.2025].